

Interview
11. Juli 2022

Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Karl-Otto Zentel, Generalsekretär der Hilfsorganisation CARE Deutschland

Dirk-Oliver Heckmann: Dramatisch ist nicht nur die Lage der Zivilbevölkerung in der Ukraine, wie gerade gehört; auch im Norden Syriens, in der Region Idlib – ein Gebiet, das von Rebellen und islamistischen Milizen kontrolliert wird. Alle Grenzübergänge im Nordwesten Syriens sind für Hilfslieferungen der Vereinten Nationen verschlossen, außer der türkisch-syrische Übergang Bab al-Hawa. Eine UNO-Resolution stellte bisher sicher, dass wenigstens über diesen einen Grenzübergang Lebensmittel und Medikamente geliefert werden konnten, doch diese Resolution lief gestern aus und eine Resolution, die diese Möglichkeit um ein Jahr verlängern sollte, scheiterte am Veto Russlands, das Syriens Machthaber Assad unterstützt. Moskau hat demgegenüber einen Antrag eingebracht, der die Hilfsmöglichkeit um ein halbes Jahr verlängert hätte. Dies scheiterte aber an den westlichen Staaten. Die Organisation International Rescue Committee warnt schon, es drohe die schlimmste Hungerkrise seit Beginn des Konflikts vor mehr als elf Jahren. Wir können nun über die Lage in Syrien sprechen mit Karl-Otto Zentel. Er ist Generalsekretär von Care Deutschland. Guten Morgen, Herr Zentel.

Karl-Otto Zentel: Guten Morgen.

Heckmann: Sie sind erst kürzlich aus dem Nordosten Syriens zurückgekehrt. Zunächst mal, nehmen Sie uns mit: Wie ist die Lage der Zivilbevölkerung dort?

Zentel: Alles andere als einfach. Die Situation hat sich nicht verbessert. Wir haben nach wie vor Einschränkungen. Die Währung verfällt, von daher wird alles teurer. Die Camps sind unterversorgt und im Nordosten des Landes haben wir auch wie in anderen Teilen der Region eine starke Dürre, so dass die Produktion von Nahrungsmitteln in der Region weit, weit hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Heckmann: Was heißt das für die Menschen?

Zentel: Das heißt, dass Menschen, die sich bislang noch eine Wohnung leisten konnten, die sich in diese Region geflüchtet haben, versuchen, in die Camps zu kommen, weil sie keine Miete mehr bezahlen können. Das heißt, dass sie auf Mahlzeiten verzichten müssen. Das heißt, dass Infrastruktur nicht mehr funktioniert. Das heißt, dass Bauern ihre Betriebe nicht mehr am Leben erhalten können, weil sie die Kosten gar nicht mehr decken können mit dem was reinkommt. Das treibt die Menschen immer tiefer in die Armut.

Heckmann: Die Lage in der Region Idlib, ist die vergleichbar?

Zentel: Die ist vergleichbar bis sogar noch schlimmer, wesentlich schwieriger. Die Camp-Situation ist dort extrem schlecht. Sie werden sich vielleicht erinnern, im Winter die Meldungen, die wir hatten, über zusammengebrochene kollabierte Zelte durch Schneefälle, die stattgefunden haben, starke Regenfälle. Die Camps sind mehr oder weniger untergegangen. Menschen saßen dann auch in ihren Zelten im Matsch mit all den Auswirkungen auch gerade auf die Gesundheit der Kinder. Die Frage des Zugangs zu Heizmaterial, um sich zu wärmen oder zu kochen, das sind ganz dramatische Situationen, die wir da Jahr für Jahr erleben.

Heckmann: Diese Region steht ja nicht unter Kontrolle der Zentralregierung in Damaskus und wurde bisher über diesen türkisch-syrischen Grenzübergang Bab al-Hawa versorgt über die Vereinten Nationen. Jetzt ist eine UNO-Resolution am Veto Russlands gescheitert, die diese Möglichkeiten verlängert hätte. Wie aufmerksam wird das von der Zivilbevölkerung beobachtet?

Zentel: Die Meldung, die wir dort von Menschen haben, ist, dass wirklich sehr, sehr große Sorge ist bis kurz vor Panik. Die Auswirkungen sind den Menschen in Nordwestsyrien mehr als nur klar und sie wissen, dass sie dann nicht mehr genug Lebensmittel bekommen werden.

Heckmann: Wie ordnen Sie die Tatsache ein, dass im UNO-Sicherheitsrat bisher keine Mehrheit gefunden werden konnte?

Zentel: Das ist eine Katastrophe und eine absolut dunkle Stunde für diesen Sicherheitsrat. Hier werden Menschen, die seit elf Jahren in einem Kriegszustand leben, mehrfach vertrieben worden sind, Kinder, die inzwischen keine andere Situation, keinen Lebensalltag kennen, außer einem Kriegsalltag, politisiert und instrumentalisiert in einem globalen Geschacher um Macht. Das sind Nebenkriegsschauplätze. Es macht überhaupt keinen Sinn. Es geht wirklich rein um politische Machtausübung und das ist jämmerlich, was sich da abspielt.

Heckmann: Eine dunkle Stunde, sagen Sie, jämmerlich. Wer ist dafür verantwortlich?

Zentel: Nun ja, die Mächte, die das Veto einlegen, müssen sich fragen, was ihre Gründe dafür sind, und dummerweise hat man im UN-Sicherheitsrat ja das Prinzip der Einstimmigkeit. Das heißt, dass ein Mitglied der permanenten Mitglieder ausreicht, um alles zu blockieren, was da ist. 2014 gab es ja – das war bemerkenswert – den Beschluss, dass vier Grenzübergänge geöffnet wurden. Der wurde von allen Sicherheitsratsmitgliedern mitgetragen. Wir haben schon gesehen, wie das erodiert ist. Wir haben nur noch einen Grenzübergang, der diesen Zugang erlaubt, um Hilfsgüter zu liefern. Und wenn das jetzt noch abgeschnitten wird, haben wir Millionen von Menschen, die mehr oder weniger in der Falle sitzen, ohne etwas dafür zu können, missbraucht werden für politische Zwecke.

Heckmann: Ich habe es gerade gesagt: Russland hat ja Veto eingelegt. Moskau will, dass diese Hilfslieferungen für die Region über Damaskus laufen. Ist das nicht auch ein Weg?

Zentel: Es gibt schon lange die Bestrebung, zwei Zugänge zu halten, nämlich einen über den Grenzübergang Bab al-Hawa und einen zweiten über die Kontaktlinie, die Konfliktlinie innerhalb Syriens aus dem regierungskontrollierten Gebiet nach Nordwestsyrien hinein. Das ist richtig. Es ist aber auch richtig, dass in den ersten sechs Monaten dieses Jahres über Bab al-Hawa knapp 5000 LKW mit Hilfslieferungen, mit Hilfsgütern, Nahrungsmitteln, aber vor allen Dingen auch Medikamente – ohne diesen Grenzübergang können die Krankenhäuser und Gesundheitsposten, die es dort noch gibt, und viele sind es ohnehin nicht, nicht mehr funktionieren. Das waren 5000 LKW mit Hilfsgütern und in einem Zeitraum der letzten zwölf Monate ist es gerade gelungen, fünf Konvois aus dem regierungskontrollierten Gebiet nach Nordwestsyrien zu schicken. Das heißt, die Schwierigkeiten sind anscheinend ungleich größer und zumindest bietet das kurzfristig keine Lösung für die Not im Nordwesten.

Heckmann: Die UNO kann jetzt in der Region nicht mehr operieren. Sind denn private Hilfsorganisationen wie Care beispielsweise auch betroffen durch diese Entscheidung oder Nichtentscheidung?

Zentel: Care wird mit seinen Partnerorganisationen auf jeden Fall alles, was möglich ist, tun, um die Menschen dort zu unterstützen. Das heißt, wir können dort noch weiterarbeiten, sind

aber angewiesen im großen Maße auf die Logistik und auf die Lieferungen, die über die Vereinten Nationen nach Nordwestsyrien kommen. Das heißt, der Ausfall dieser Hilfsgütermengen, die dann nicht mehr ankommen können, das kann eine Organisation wie Care oder das können auch die anderen Nichtregierungsorganisationen, die dort tätig sind, leider nicht auffangen.

Heckmann: Was heißt das?

Zentel: Das heißt Hunger. Das heißt unter Umständen neue Wanderbewegungen, Fluchtbewegungen von Menschen. Das könnte eine mögliche Reaktion sein. Wenn das nicht möglich sein wird, haben wir dort mit einer großen Hungersnot zu rechnen, mit vielen Menschen, die sterben, weil sie keinen Zugang mehr zu medizinischer Versorgung haben, zu einem Zusammenbruch des Systems, was noch besteht.

Heckmann: Glauben Sie denn, dass der Sicherheitsrat sich möglicherweise doch noch in den nächsten Tagen und Stunden wird einigen können?

Zentel: Ich kann darauf nicht wetten. Ich würde es mir sehr, sehr wünschen, dass man einen Kompromiss findet. Allerdings muss man sagen, nach allen Zeichen, die man so sieht, wird das ja auch wieder nur eine zeitlich sehr kurz befristete Lösung sein, also leider nichts, was den Menschen dort eine gewisse Sicherheit bietet, und das ist auch noch ein Drama an der Situation.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.